

Jahresbericht 2016 des Kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08703

7 Anlagen

**Bekanntgabe in der Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses
vom 21.06.2017
Öffentliche Sitzung**

I. Vortrag des Referenten

1. Das Kommunale Netzwerk

Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle, um rechtsextremen, rassistischen und menschenfeindlichen Einstellungs- und Verhaltensmustern wirksam entgegenzutreten. Trotz der unzähligen Beispiele für eine intakte, lebendige und verantwortungsvolle Münchner Stadtgesellschaft darf nicht verdrängt werden, dass es auch in München – wie überall in Deutschland – vermehrt zu Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten oder Menschen mit bestimmten Merkmalen kommt.

Die Landeshauptstadt München hat in den vergangenen Jahren ein **Kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** geschaffen, in dem verschiedene Stellen und Initiativen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung auf der Basis ihrer eigenen Fachlichkeit und Spezialisierung zusammenwirken.

Die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle für Demokratie berät den Oberbürgermeister und den Stadtrat. Sie dient als Schnittstelle zwischen Verwaltung, anderen Behörden und Zivilgesellschaft und **koordiniert auch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Stellen des Netzwerkes**. Dabei bündelt Sie Informationen und Know-how mit dem Ziel, die demokratische Stadtgesellschaft zu stärken. Neben der Fachstelle gehören zum Netzwerk beispielsweise

- die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm), die den Bereich Recherche, Dokumentation und Information abdeckt (siehe Bericht als Anlage 1),
- die Opferberatungsstelle Before e.V. zur Unterstützung für Betroffene bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt (Anlage 2),
- das Stadtjugendamt – Bereich politische Bildung als Anlaufstelle und für Hilfestellungen für die pädagogische Praxis und unterstützende Beratung im Bereich Rechtsextremismus und Radikalisierung (Anlage 3),
- das Netzwerk demokratische Bildung (Anlage 4), das Bildungskollektiv „Die Pastinaken“ (Anlage 5) und die Fachstelle Demokratische Jugendbildung beim Kreisjugendring (Anlage 6) für die pädagogische Vermittlung von Demokratiebildung

und Radikalisierungsprävention,

- die Beauftragten gegen Rechtsextremismus bei den Bezirksausschüssen für die Stadtteilarbeit und
- das zivilgesellschaftliche Bündnis „München ist bunt!“ e.V. (Anlage 7)

Um die Arbeit der einzelnen Netzwerkstellen noch breiter bekannt zu machen und den Stadtrat über deren einzelne Tätigkeiten genauer zu informieren, haben im Rahmen dieser Bekanntgabe erstmals die Netzwerkstellen jeweils eigene kurze Berichte zu ihrer Tätigkeit im Jahre 2016 erstellt. Diese finden Sie im Anhang zu dieser Bekanntgabe. Die Fachstelle für Demokratie hat die Bündelung übernommen und stellt die wesentlichen Eckpunkte der eigenen Arbeit und der Arbeit des gesamten Netzwerkes im Jahr 2016 vor.

2. Bericht der Fachstelle für Demokratie

2.1. Zunahme rechtsextremer und rechtspopulistischer Aktivitäten

Am 17.02.2016 fand im Stadtrat eine „Expertenanhörung zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - Problemanalyse und Entwicklung einer Gegenstrategie“ statt. Die Anhörung zeigte, dass Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus ein zunehmend wahrnehmbares Problem in der Stadtgesellschaft darstellen. Zusammenfassend haben sich im Rahmen des Hearings folgende Trends herauskristallisiert:

1. Die extreme Rechte hat interne Konflikte momentan ad acta gelegt und konzentriert sich aktuell auf die Hetze gegen Flüchtlinge.
2. Es ist eine zunehmende Radikalisierung der extremen Rechten festzustellen.
3. Untersuchungen belegen schon seit längerem ein erhebliches Potential an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in unserer Stadtgesellschaft. Das, was bislang in den Studien als Einstellungen vorhanden war, scheint nun auch zunehmend im öffentlichen Raum verbalisiert zu werden.

In den vergangenen Monaten ist ein deutlicher Anstieg rechter bzw. rassistischer Hetze und Gewalt festzustellen. So kam es allein in München im Jahr 2016 zu 38 rassistisch motivierten Angriffen auf Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte (aus: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs 18/11298). Im Vergleich dazu gab es 2015 insgesamt 13 solcher Vorfälle.

Die rechtsextreme Partei „Der III.Weg“ zeigte 2016 in München eine deutlich stärkere Präsenz. Mehrfach führten Mitglieder der Partei in München im Rahmen ihrer sog. „Deutsche Winterhilfe“-Aktion Spendenaktionen unter anderem an Obdachloseneinrichtungen im Stadtgebiet durch. Es gab zahlreiche Flugblattverteilaktionen im Stadtgebiet, daneben begann „Der III.Weg“ damit, in unregelmäßigen Abständen im Internet über seine sog. „nationale Streife“ zu berichten. Parteimitglieder gehen in München „Streife“, weil angeblich die Münchner Bürgerinnen und Bürger „schon längst das Vertrauen in Polizei und Justiz verloren“ hätten. Im April 2016 verschickte „Der III. Weg“ in Bayern Postkarten an Politikerinnen und Politiker, die aus Sicht der Partei Unterstützer der angeblich „volksfeindlichen Politik der Bundesregierung“ sind und forderte diese zur

Ausreise auf. In München wurden unter anderem Postkarten an Mitglieder des Landtages, Stadtratsmitglieder und einen BA-Vorsitzenden geschickt. Die *Identitäre Bewegung* (IB) hat sich in München als rechtsextremer Akteur etabliert. Sie propagiert das Konzept des Ethnopluralismus, nach dem Völker ihre Identität nur als ethnisch homogene Gemeinschaften ohne Vermischung mit anderen bewahren könnten. Vor allem agitiert die IB gegen eine angebliche Massenzuwanderung und Islamisierung, den „Identitätsverlust des europäischen Kontinents“ und den „demografischen Kollaps Deutschlands“. Lange spielten sich die Aktivitäten bzw. die Selbstinszenierung hauptsächlich im Internet ab, oder man traf sich konspirativ zu einem Stammtisch in verschiedenen Münchner Gaststätten. Mittlerweile ist die *Identitäre Bewegung* verstärkt auf der Straße aktiv. 2016 gab es beispielsweise mehrere versuchte Veranstaltungsstörungen, Transparentaktionen am Frauenturm und am Hauptbahnhof, mehrere Verteilungsaktionen von Flugblättern und Aufklebern. Die *Identitäre Bewegung* trat z. B. auch auf den wöchentlichen Demonstrationen von *Pegida München* auf, stellte einen Redner und lief sogar mit Transparent in den ersten Reihen mit. Inzwischen wird die IB in mehreren Bundesländern durch die Landesämter für Verfassungsschutz beobachtet, so auch in Bayern.

Aber nicht nur Personen aus dem Umfeld der *Identitären Bewegung* sind bei den Kundgebungen von *Pegida München* anwesend. Mittlerweile sind dort regelmäßig Neonazis und Rechtsextreme zu finden. Im 2. Halbjahr 2016 fanden sich als Redner und Teilnehmer der Landesvorsitzende der Partei „Die Rechte“, Parteikader von „Der III. Weg“ und Stadtrat Karl Richter von der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“. Stadtrat Richter tritt mittlerweile regelmäßig mindestens einmal im Monat auf. Auch zu rechtspopulistischen Parteien in München gab es Kontakte und es traten Personen aus diesem Spektrum als Redner bei *Pegida München* auf. Nachdem das Kreisverwaltungsreferat Heinz Meyer im Oktober 2016 als bisherigen Versammlungsleiter abgelehnt hatte, stellte sich Stadtrat Richter einmal als Versammlungsleiter zur Verfügung. *Pegida München* hat sich als Protestplattform für unterschiedlichste Akteure der extremen Rechten etabliert.

Aktivitäten der Partei „Die Rechte“ haben demgegenüber 2016 stark abgenommen. Am 23.07. und 17.09. fanden mehrere Kundgebungen statt, ansonsten gab es keine Aktionen im Stadtgebiet. Die laut Bayerischem Landesamt für Verfassungsschutz islamfeindlich extremistische Partei *DIE FREIHEIT* führte 2016 nur wenige Versammlungen durch und löste sich Ende 2016 auf.

Insgesamt wurden von extremen Rechten insbesondere die Themen „Flüchtlinge“, „die Soziale Frage“, „Islamisierung“, „Sicherheit“ und der angebliche „Schuldskandal“ bespielt.

2.2. Internationale Wochen gegen Rassismus – für 100 % Menschenwürde

Die Internationale Wochen gegen Rassismus werden bundesweit vom Interkulturellen Rat koordiniert, in München ist die Fachstelle für Demokratie für die Programmkoordination zuständig. Mehr als 50 Veranstaltungen fanden in München unter dem Motto „Gemeinsam gegen Rassismus – Für 100% Menschenwürde!“ vom 04.03.2016 – 27.03.2016 statt. Ziel der Veranstaltungen ist es aufzuklären und gegenzusteuern, damit sich möglichst viele Münchnerinnen und Münchner gegen verschiedenste Formen von Rassismus und Menschenfeindlichkeit engagieren. Denn gerade für München als Weltstadt, in der Menschen aus über 180 Nationen leben, ist es wichtig, die Menschenwürde aller hier lebenden Menschen hochzuhalten. Das Programm zeigte, wie viele Initiativen, Projekte

und Verwaltungseinheiten sich in der Landeshauptstadt gegen die verschiedensten Formen von Rassismus und Menschenfeindlichkeit engagieren.

2017 fanden die Internationalen Wochen vom 13. März bis zum 26. März statt. Mit mehr als 60 Veranstaltungen und mehreren tausend Besucherinnen und Besuchern waren auch diese wieder ein voller Erfolg.

2.3. Kampagnen: „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ - gegen Vorurteile in der Flüchtlingsdebatte

Im Sommer 2016 startete die Fachstelle für Demokratie eine große Plakatkampagne, die ursprünglich von der Künstlergruppe „Bildkorrektur – Bilder gegen Bürgerängste“ im Kontext der Debatte um Geflüchtete entwickelt wurde. Die Kampagne „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ befasste sich mit Vorurteilen und Ängsten, die in der Flüchtlingsdebatte häufig zu finden sind. Ziel war es, zu einer Versachlichung der Debatte um Geflüchtete beizutragen und Menschen zu ermuntern, sich nicht von Ängsten leiten zu lassen, sondern den Mut aufzubringen, die eigenen Annahmen zu hinterfragen und sich mit Fakten zu befassen. In einem Zeitraum von zwei Wochen wurden insgesamt 1.000 Poster mit sieben unterschiedlichen Motiven im Stadtgebiet plakatiert. Gleichzeitig wurden bereits 370.000 Postkarten mit den Motiven verteilt. Die Motive können weiterhin bei der Fachstelle unter fgr@muenchen.de bestellt werden.

2.4. Fakten gegen Vorurteile:

2017 wird die Fachstelle die bekannte **Flyerserie "Das wird man doch noch fragen dürfen"** neu auflegen und durch neue Flyer (z. B. zum Thema „Ist Gewalt gegen Frauen insbesondere ein Problem von Flüchtlingen und Ausländern?“ und „Nehmen Ausländer und Flüchtlinge uns den Wohnraum weg?“) ergänzen. Ziel ist es, mit diesen Flyern unter anderem durch eine versachlichte Diskussion und durch nüchterne Fakten all jene zu erreichen, die sich durch rechtsextreme oder rechtspopulistische Stimmungsmache verunsichert fühlen bzw. für diese grundsätzlich anfällig sind. Gleichzeitig sollen diejenigen Kräfte innerhalb der Stadtgesellschaft argumentativ unterstützt und gestärkt werden, die sich in ihrem Lebensumfeld für ein demokratisches und respektvolles Miteinander aller Menschen in unserer Stadt einsetzen und der Stimmungsmache aktiv entgegengetreten.

Im Vorfeld der Bundestagswahl wird die Fachstelle eine parteipolitisch neutrale Kampagne starten. Ziel der Kampagne **„Wählen gehen für Demokratie und Menschenrechte!“** ist es, die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt München zu motivieren, an der Wahl teilzunehmen und bei ihrer Wahlentscheidung die Grund- und Menschenrechte zu berücksichtigen. Die Kampagne soll zum Diskurs anregen und darauf hinweisen, dass Menschenrechte für alle Menschen gelten, unabhängig beispielsweise von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status, ihrer sexuellen Identität oder ihrer körperlichen Eigenschaften.

Des Weiteren bietet die Fachstelle für Demokratie ab 2017 ein Argumentationstraining für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung an. Die Fortbildung „Entscheiden auftreten gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ soll für rassistische und menschenfeindliche Äußerungen sensibilisieren und sowohl inhaltlich als auch methodisch befähigen, solchen Äußerungen selbstbewusst entgegenzutreten.

2.5. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Neue Studie veröffentlicht

Eine durch die Fachstelle für Demokratie finanzierte und im Herbst 2016 veröffentlichte Studie der Ludwig-Maximilians-Universität zeigte, dass auch in München Minderheiten mit Misstrauen und Vorurteilen begegnet wird. Diese Vorbehalte treffen ganz besonders Muslime, sozial Benachteiligte, Flüchtlinge sowie Sinti und Roma. Auch das Ausmaß antisemitischer und homosexuellenfeindlicher Einstellungen ist weiterhin groß. Diese Studie führt bereits im Jahre 2012 und 2013 durchgeführte Untersuchungen zu diesem Thema in der Landeshauptstadt München fort. Neu in die Untersuchung integriert wurden die Themenbereiche Antiziganismus, „klassischer“ Rassismus und aufgrund der aktuellen Situation die Einstellung gegenüber Flüchtlingen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist nach wie vor auch in München ein verbreitetes Phänomen, allerdings gibt es nur wenige Personen, die sich stark bzw. in vielen Bereichen menschenfeindlich äußern. Männer neigen stärker zu abwertenden Einstellungen als Frauen.

2017 will die Fachstelle für Demokratie einen Aktionsplan gegen Muslimenfeindlichkeit initiieren. Gemeinsam mit weiteren städtischen Stellen und nach Abstimmung mit muslimischen Gemeinden und Vereinen soll beispielsweise der interreligiöse Dialog in München intensiviert, Antidiskriminierungsbeauftragte und Empowerment-Trainer ausgebildet und eine Kampagne gegen Muslimenfeindlichkeit initiiert werden.

2.6. Erstellung einer Nichtwählerstudie

Wie bereits im Beschluss des Stadtrats zur „Unterstützung der Fachstelle für Demokratie“ ausgeführt (Beschluss des Stadtrats vom 28.09.2016, Vorlagen-Nr.: 14-20 / V 06652), zeigt sich im gesamten Stadtgebiet ein bedenklicher Trend hin zur Demokratieverdrossenheit, der einhergeht mit einer abnehmenden Identifikation mit der Kommune München als heterogenem und vielfältigem Gemeinwesen.

Die abnehmende Wahlbeteiligung ist ein Indikator für einen möglichen Verfall eines gemeinsamen Wertekanons innerhalb einer Stadtgesellschaft. Zur Bundestagswahl wird deshalb durch die LMU im Rahmen eines durch die FgR finanzierten Forschungsvorhabens eine Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl durchgeführt. Ziel der Untersuchung soll es sein, unterschiedliche (Nicht-)Wählergruppen zu identifizieren und deren Motive zu erheben, die zur Entscheidung Wahl oder Nichtwahl führen. Gleichzeitig sollen langfristig stabile Einstellungskonstrukte erfasst werden, die eine mögliche Wahlbeteiligung beeinflussen. Die Untersuchung erfolgt unter der Einbeziehung des Statistischen Amtes.

3. Wichtigste Eckpunkte aus den Berichten der anderen Netzwerkstellen

- Antisemitismus in vielerlei Erscheinungsformen gehört in zunehmendem Maße leider wieder zum Alltag. Die Zahlen antisemitischer Straftaten und Vorfälle sind stark angestiegen. Es gab 2016 mehrere Austauschtreffen von unterschiedlichen Netzwerkstellen, auch mit externen Organisationen wie der Berliner Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) oder mit Vertretern der Israelitischen Kultusgemeinde

München und Oberbayern und Beth Shalom. Organisiert wurde zum Thema beispielsweise der Fachtag „nie wieder! schon wieder? niemals weg! Antisemitismus in Deutschland.“, der am 23. November im Feierwerk mit 60 Teilnehmenden aus dem Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich stattfand. 2017 ist ein weiterer Fachtag zum Thema geplant, der sich mit dem israelbezogenen Antisemitismus auseinandersetzen soll.

- Die firm gab 2016 zwei Flugblätter heraus: zu der extrem rechten *Identitären Bewegung* sowie zur alljährlichen neonazistischen „Reinhold Elstner Mahnwache“.
- Der firm sind 2016 ca. 350 rassistische, antisemitische, LBGTIQ-feindliche, extrem rechte, rechtspopulistische und andere diskriminierend motivierte Vorfälle und Aktivitäten in München bekannt geworden.
- Die Beraterinnen und Berater von Before e.V. haben bereits über 80 Fälle von Antidiskriminierung sowie rechtsextremer und rassistischer Gewalt betreut. Die Nachfrage macht deutlich, wie wichtig eine unabhängige Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung ist. Gleichzeitig zeigt sich ein tiefgreifendes gesellschaftliches Problem: Gewalt und Diskriminierung gegenüber Menschen aufgrund von angenommener Herkunft, Geschlecht, Religion, Behinderung, sozialem Status, sexueller Identität und politischem Engagement sind, auch in einer Stadt wie München, für viele Menschen alltäglich.
- Die Stelle Politische Bildung im Stadtjugendamt hat auch im Jahr 2016 einen Anstieg der Termine (Fachvorträge / Fortbildungen / Veranstaltungen / Besprechungen) zu verzeichnen. So hat die Stelle (19,5 Std.) insgesamt 105 (2015: 92) Termine wahrgenommen. Davon waren 52 (2015: 40) eigene Fortbildungs- und Workshopangebote. Von den 52 eigenen Angeboten befassten sich 23 (2015: 23) mit dem Thema Rechtsextremismus und 29 (2015: 17) mit dem Thema religiöse Radikalisierung. Seit September 2014 bietet die Stelle auch ein Erstclearing zur Radikalisierung an. Seitdem haben neun Erstclearings stattgefunden. Keiner dieser Fälle stellte sich, nach entsprechender Abklärung, als religiöse Radikalisierung dar.
- Im fachlichen Austausch war im Netzwerk demokratische Bildung ein Thema dominant: die Rezeption der Ängste vor gewaltbereitem Salafismus und der Umgang damit in den pädagogischen Arbeitsfeldern. Alle Mitwirkenden berichteten über ein sehr großes Interesse am Thema Salafismus und alle sahen es als große Herausforderung, gegenüber der einseitig sicherheitspolitischen Perspektive die pädagogische Aufgabe in den Vordergrund zu stellen: Radikalisierungsprozesse von Jugendlichen wahrnehmen, verhindern, mit den Jugendlichen arbeiten und sie nicht den Sicherheitsbehörden überlassen. Ein weiteres Thema im Netzwerk demokratische Bildung war die Sorge darüber, dass auch in den pädagogischen Arbeitsfeldern zunehmend rassistische Diskriminierungen beobachtet werden. Gefolgert wurde, dass bei der Bearbeitung von Konflikten in Klassen und Gruppen die gesellschaftlichen Ausgrenzungsdiskurse „draußen“ viel mehr in den Blick genommen werden müssen.
- Die Pastinaken haben insgesamt 116 Bildungsveranstaltungen durchgeführt. Davon waren 56 Veranstaltungen aus dem Bereich der Jugendbildung und 60 Veranstaltungen aus dem Bereich der Erwachsenenbildung. Die Formate im Bereich der Jugendarbeit reichen von mehrstündigen Einzelveranstaltungen über ganze Projektstage bis hin zu mehrtägigen Schullandheimaufenthalten oder Projekten (Beispielsweise ein Filmprojekt).
- Seit 2013 engagiert sich die Fachstelle des Kreisjugendrings gemeinsam mit verschiedenen Organisationen und Einrichtungen im Rahmen einer

Veranstaltungsreihe dafür, dass nicht nur der Prozess selbst, sondern auch die Opfer des NSU und ihre Angehörigen nicht aus dem öffentlichen Blick geraten. 2016 wurde eine Veranstaltung zum Thema „Der NSU in den Medien - Kritische Betrachtung der Berichterstattung“ durchgeführt.

- Gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren stellte „München ist bunt!“ am 19. Juni in München die Menschenkette „Hand in Hand gegen Rassismus“ auf die Beine. Trotz Regen kamen rund 6.000 Menschen zusammen, um prägnante Orte wie die Synagoge am St. Jakobsplatz, das Münchener Forum für Islam oder das Kommunikationszentrum SUB miteinander zu verbinden.

4. Fazit und Ausblick zur Arbeit des Netzwerkes

Erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erfordert ein Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft bedarf der intensiven Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens. Da es sich um ein gesellschaftspolitisches Querschnittsthema handelt, sind nicht nur pädagogische Maßnahmen erforderlich, sondern auch eine Vielzahl von ineinandergreifenden Ansätzen.

Die hier vorliegenden Berichte der Netzwerkes zeigen eindrücklich, dass München den Weg einer Vernetzung und Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft konsequent und erfolgreich beschreitet. Jede einzelne Stelle leistet einen wichtigen Beitrag zum großen Ganzen: München als eine Stadt der Vielfalt zu erhalten, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ihre Heimat haben.

2017 werden sich einzelne Netzwerkstellen beispielsweise noch stärker um die Förderung der Demokratie, beispielsweise über entsprechende Kampagnen, kümmern. Des Weiteren sollen die Netzwerkstrukturen weiter verbessert werden. Deshalb läuft derzeit unter anderem auch eine Evaluation des Netzwerkes (siehe dazu Beschluss des Stadtrates vom 29.04.2015, Vorlagen-Nr.: 14-20 / V 02497), der Abschlussbericht soll Ende 2017 vorliegen. In einzelnen Themenbereichen wird bereits an einer Verbesserung der Netzwerkstrukturen gearbeitet. So gibt es beispielsweise derzeit Gespräche zwischen Fachstelle für Demokratie, Sozialreferat und Referat für Bildung und Sport zur besseren Vernetzung und Zusammenarbeit beim Thema Radikalisierung.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende
Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Der Referent
Dieter Reiter
Oberbürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
an das Sozialreferat, S-II-KJF/JA

z. K.

IV. Wv. FgR

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

Am